



## Auszug aus dem substantziellen Protokoll 131. Ratssitzung vom 5. Februar 2025

### 4273. 2024/40

#### Postulat der GLP-, SP- und SVP-Fraktion vom 31.01.2024:

#### Vorlage eines Berichts zum angemessenen Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und der Bevölkerungszahl der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2796/2024): Im Rahmen der Richtplandebatte Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLöBA) sowie Verkehr (SLöBA/V) befassten wir uns intensiv damit, wie die Stadt mit Veränderungen und räumlichen Herausforderungen umgehen soll. Als Raumsicherungsinstrument stellt der Richtplan sicher, dass Wandel und Wachstum möglich sind, ohne das Gleichgewicht zu verlieren. Der Richtplan sorgt dafür, dass wir auch Platz für mehr Schulen, Werkhöfe oder für das Wohlbefinden der Bevölkerung bereitstellen können, wenn wir mehr Wohnungen für alteingesessene und neue Zürcherinnen und Zürcher bauen. Gleichzeitig müssen wir die räumliche Entwicklung auf den Verkehr und unsere Mobilitätsbedürfnisse abstimmen. Damit Zürich innerhalb der Stadtgrenzen gesund wachsen kann, entschied man sich für eine polyzentrische Stadt, die kleinräumig funktioniert und in verschiedenen Subzentren Wohnen, Arbeiten, Gewerbe, Konsum und Freizeit nahe zueinander bringt. Damit kann vermieden werden, dass alle im Osten der Stadt wohnen und am Morgen in den Westen der Stadt pendeln, um dort zu arbeiten. Diese Pendlerströme könnten wir nicht bewältigen und sie wären der urbanen Lebensqualität nicht dienlich. Das fiktive Beispiel zeigt, dass man der Arbeitsplatzentwicklung gleich wie der Bevölkerungsentwicklung Rechnung tragen muss. Weil die Arbeitsplatzentwicklung im SLöBA zu kurz kam, reichten Stephan Iten (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) in der Richtplandebatte ein hastig geschriebenes Postulat ein. Dieses wurde damals von allen Parteien unterstützt. Mit der Weisung GR Nr. 2023/174 erstattete der Stadtrat ein erstes Mal Bericht. Er entwickelte einen Methodenbericht und stützte sich auf wirtschaftliche Szenarien des Amtes für Raumentwicklung (ARE), deren Zeithorizont allerdings nicht deckungsgleich mit dem Richtplanhorizont ist. Ausserdem legte uns der Stadtrat eine Excel-Tabelle mit zahlreichen Informationen vor, mit denen wir aber letztlich nicht arbeiten konnten. Was uns fehlte, waren strategische Punkte. Das Postulat wurde mit der erwähnten Weisung abgeschrieben, weil der Prüfungsauftrag so formuliert war, wie ihn der Stadtrat umgesetzt hat. Weil uns die Fragen aber immer noch beschäftigen und wir sie als relevant erachten, reichten wir das Postulat erneut ein. Dieses Mal mit der*



*Bitte, uns darzulegen, wie auf Richtplanebene nicht nur mit Einwohner\*innenzahlen, sondern auch mit der Arbeitsplatzentwicklung umzugehen ist. Eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Bevölkerung ist aus unserer Sicht eine Forderung, die man unideologisch stellen kann. Das Resultat werden die Parteien dann wohl mit unterschiedlichen Optiken anschauen. Die GLP erhofft sich Erkenntnisse, wie eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung gestaltet werden kann. Es soll eine Stadtentwicklung sein, die Wohnraum sichert, das lokale Gewerbe stärkt und den Verkehr reduziert.*

**Përparim Avdili (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 28. Februar 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Die FDP dachte zuerst, es handle sich um eine Forderung, die die städtischen Arbeitsplätze an die Bevölkerungszahl koppeln will. Die Freude hielt deshalb nicht lange an. Der Vorstoss verlangt, dass der Stadtrat einen Bericht erarbeitet, in dem festgehalten wird, was ein angemessenes Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Wohnbevölkerung sei. Ausserdem soll mit dem Bericht der Plan konkretisiert werden, aus Zürich ein mittelalterliches Pantoffeldörfchen zu machen, in dem sich die Menschen nur in einem kleinen Radius bewegen. Dafür braucht es aber keinen Bericht. Rot-Grün verfolgt dieses Ziel dank ihrer Mehrheit bereits. Umso absurder finde ich, dass bei diesem Postulat zwei Parteien mitmachen, die eigentlich zu einer politischen Minderheit gehören. Die Stadt verfügt heute dank einer florierenden Wirtschaft über weit mehr als 500 000 Arbeitsplätze. Im Vorstoss heisst es, es bestehe das Risiko, «dass die Verkehrsinfrastruktur die Pendlerströme und den Warentransport nicht mehr zu bewältigen vermag und die steigenden Mieten zu einer Verdrängung von Mieterinnen und Mietern führen». Dieses Risiko besteht nicht nur. Der Schaden ist bereits konkret, weil man in den letzten 30 Jahren dank verschiedener Szenarien wusste, dass die Stadt Zürich dieses Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum haben wird. Trotzdem sind heute im Jahr 2025 alle überrascht, dass es zu wenig Platz hat. Das liegt aber nicht daran, dass wir unnötig gewachsen sind oder – wie die SVP meint – an der Migration. Das Wachstum ist dank des Wohlstands entstanden. Der Wohnanspruch und unser Mobilitätsverhalten haben sich verändert. Das erkennen die Postulanten. Deshalb wollen sie, dass sich die Menschen anders verhalten und ihnen staatlich vorschreiben, wie und wo sie wohnen sollen. Die SVP möchte das Bevölkerungswachstum über die Einwanderung bremsen. Die SP hilft ihr dabei. Die SP möchte Arbeitsplätze und die Privatwirtschaft in der Stadt runterfahren. Die SVP hilft ihr dabei. Was die GLP genau macht, weiss ich immer noch nicht. Weder das eine noch das andere ist liberal. Die Politik sollte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen begleiten und den Raum dafür – im Minimum – nicht verhindern. Wenn die Politik hingegen meint, man müsse auf kommunaler Ebene aktiv definieren, wie viele Menschen in unserem Land leben und wohnen sollen, sprechen wir von ideologisch-politischen Versuchen. Es sind planwirtschaftliche Mittel, die hier beabsichtigt werden. Die beschriebenen Probleme können nicht mit einem Bericht gelöst werden. Sie können im März 2026 mit einer neuen politischen Führung in dieser Stadt gelöst werden. Die FDP steht – offenbar als einzige Partei – zu einer Stadt Zürich als urbane Wirtschaftsgrossstadt, in der die Menschen sich frei bewegen und frei wirtschaften können.



Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll. Mein Favorit ist, dass man schon vor 30 Jahren – also im Jahr 1995 – wusste, dass die Stadt wachsen werde. Ich war im Jahr 1995 sechs Jahre alt. Wenn ich mir heute die Medienkonferenz zur Drogenpolitik der Stadt Zürich in Erinnerung rufe und mir überlege, wann der Letten oder der Platzspitz geräumt wurden oder dass wir in den 1990er-Jahren mit den S-Bahnen eine Stadtfucht hatten, glaube ich nicht, dass man im Jahr 1995 von Wachstum in dieser Stadt ausging. Es wäre auch sehr überrissen gewesen. Das Ziel des Postulats ist es, die Arbeitsplätze zu planen, damit wir dafür Platz haben. Natürlich mussten wir im Richtplan die grossen Industrieareale verteidigen, weil die FDP die Hüte der Immobilienlobby und der KMU trägt und sich die Immobilienlobby im ersten Moment durchgesetzt hat. Wenn Sie meinen, die Arbeitsplätze entstehen aus freien Stücken, schauen Sie sich den Mietbetrag einer Gewerbe- und einer Wohnfläche an. Wie können Sie meinen, dass ein Arbeitsplatz überall entstehen kann, wenn er unter dem Druck der Wohnungsnot und der Wohnungskrise steht? Es geht darum, den Raum für jene Arbeitsplätze zu schaffen, die wir brauchen und die diese Stadt beleben. Mit der Überweisung des Postulats können wir eine Planung machen, damit das Gewerbe noch Platz findet in der Stadt.*

**Marco Denoth (SP):** *Alles, was der Sprecher der FDP in seinem Votum sagte, wollen wir nicht. Wir wollen einen Plan für diese Stadt, wie man wohnt und arbeitet. Diese Grundlage zu fordern, ist gerechtfertigt. In der Kommission zum SLöBA/V sprachen wir viel über diese Verhältnisse und es schwang immer mit, dass das Verhältnis 1:2 sein sollte. Also doppelt so viele Wohnungen wie Arbeitsplätze. Das bedeutet, dass wir entweder wahnsinnig viele Wohnungen bauen oder wahnsinnig viele Arbeitsplätze abschaffen müssen. Wir luden die Autor\*innen der Studie ein und hinterfragten vieles kritisch. In der Kommission kamen wir zum Schluss, dass dieses Verhältnis für Zürich nicht funktioniert. Aber man muss die Studie vielleicht einmal genauer anschauen und mit einem städtischen Bericht widerlegen, um einen Plan für diese Stadt zu haben. Leider beteiligte sich die FDP in der Besonderen Kommission nicht sonderlich, votierte am Schluss aber gegen den SLöBA/V. Die kapitalistische Vorstellung zur Arbeitsplatzgestaltung und -förderung in der Stadt Zürich, ohne die restlichen städtebaulichen Aspekte im Blick zu haben, ist verantwortungslos. Man darf in dieser Stadt nicht nur arbeiten, sondern soll hier auch wohnen. Das soll die Grundlage für diesen Bericht sein. Diese Strategie möchten wir.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Seit der Personenfreizügigkeit wanderten rund 90 000 Personen in die Stadt Zürich ein. Zu behaupten, dass das keinen Einfluss auf den Verkehr, den Platz und Dichtestress habe, ist haarsträubend oder Realitätsverweigerung. Auf Bundesebene sind in den letzten 20 Jahren rund 1,5 Millionen Menschen ins Land gedrängt. Unser kleines Land besteht zu einem grossen Teil aus unbewohnbaren Alpen. 1,5 Millionen Menschen, die netto ins Land kommen, haben einen grossen Einfluss auf Grünflächen, den Dichtestress oder Verkehr. Die Stautunden explodieren und es wurden 600 Millionen Quadratmeter Fläche beansprucht oder überbaut. Die 1,5 Millionen Menschen brau-*



4 / 4

*chen rund 680 000 Wohnungen. Aufgrund dieser Zahlen kann man doch nicht behaupten, dass eine masslose Zuwanderung keinen Einfluss auf den Dichtestress habe.*

**Përparim Avdili (FDP):** *Die SP und die GLP haben die Motivation der SVP für dieses Postulat gehört. Heute wurde kommuniziert, dass die Stadt Zürich knapp 450 000 Einwohner hat. In den 1960er-Jahren hatte die Stadt Zürich etwa gleich viele Einwohner wie heute. Die Tatsache, dass es heute ein grösseres Problem ist, hat mit dem Anspruch zu tun, der durch den Wohlstand geschaffen wurde. Der Wohnanspruch und das Mobilitätsverhalten haben sich aufgrund des Wirtschaftswachstums verändert. Man kann sich um das Gewerbe kümmern. Aber dann müsste man vorher mit verkehrspolitischen Mitteln ansetzen, damit es kein Ladensterben gibt – nicht nur im Zentrum, auch im Quartier.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Përparim Avdili (FDP) sagte, dass wir zurück ins Mittelalter wollten. Fakt ist: Die Grünen haben sich wirklich sehr darum bemüht, mehr Flächen für Industrie und Gewerbe zu schaffen. Es macht zum Beispiel keinen Sinn, nördlich der Thurgauerstrasse, wo wir Lärmprobleme haben, eine Wohnzone zu haben. Die FDP stellte hingegen die Arealverwertungslogik in den Vordergrund, damit jeder Grundeigentümer den maximalen Profit aus seinem Areal herauschlagen kann. Vielleicht müssten wir einmal eine Diskussion darüber führen, wie wir das Gewerbe fördern können. Ihr habt in der Richtplandebatte bei dieser Frage leider komplett versagt.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat